

Social Media | 27.08.2026 | Nr. 252/26

Patrick Pender: Meta-Einigung ist ein Durchbruch für den Jugendschutz in sozialen Medien

Die milliardenschwere Einigung zwischen dem Facebook- und Instagram-Mutterkonzern Meta und US-Bundesstaaten ist nach Auffassung des Social-Media-Sprechers der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Patrick Pender, ein entscheidender Wendepunkt in der Debatte um den Schutz von Kindern und Jugendlichen in sozialen Netzwerken. Pender sieht den Milliardenvergleich in den USA als Bestätigung der Forderungen der CDU und fordert nun konsequentes Handeln auch in der Europäischen Union.

Meta hat sich im Zuge der Einigung nicht nur zu Zahlungen in Milliardenhöhe, sondern auch zu weitreichenden Änderungen seiner Plattformen für minderjährige Nutzer verpflichtet: Dazu zählen unter anderem ein standardmäßiges tägliches Zeitlimit von zwei Stunden für Facebook und Instagram, Zugangsbeschränkungen zwischen Mitternacht und 6 Uhr, die Stummschaltung von Benachrichtigungen während der Schulzeit, regelmäßige Hinweise zur Nutzungsdauer, mehr Kontrolle über algorithmische Feeds und Autoplay, die standardmäßige Ausblendung von Like- und Reaktionszahlen sowie erweiterte Kontrollmöglichkeiten für Eltern. Hinzu kommen strengere Altersprüfungen, Beschränkungen altersunangemessener Inhalte und Filter sowie ein verstärkter Schutz vor unerwünschten Kontakten durch Fremde.

„Diese Einigung ist einer der bedeutsamsten und konsequentesten Schritte, die wir bislang zur Durchsetzung eines wirksamen Jugendschutzes auf Social-Media-Plattformen gesehen haben. Sie zeigt zugleich, wie viel Luft für echte und durchgreifende Veränderungen in dieser Debatte die ganze Zeit über tatsächlich vorhanden war“, erklärt Pender.

Ausgangspunkt der juristischen Auseinandersetzung waren Vorwürfe zahlreicher US-Bundesstaaten gegen Meta. Dem Konzern wurde unter anderem vorgeworfen, Facebook und Instagram durch bestimmte Design- und Plattformmechanismen so gestaltet zu haben, dass insbesondere junge Nutzer möglichst lange auf den Plattformen gehalten werden. Mit der Einigung verpflichtet sich der Konzern zu umfassenden Veränderungen beim Schutz Minderjähriger.

Für Pender bestätigt die Entwicklung in den USA eine Position, die die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag bereits seit Längerem vertritt. Der konkrete Erfolg wurde von den US-Bundesstaaten erwirkt, also von der Landespolitik. In Deutschland ist die Debatte zu Social-Media durch die CDU in Schleswig-Holstein

maßgeblich angestoßen und vorangetrieben worden. Die Entscheidung von Meta zeigt: Der Konzern weiß um die Verantwortung und die Macht, die er durch das Design seiner Social-Media-Plattformen besitzt.

Für die CDU-Fraktion sei spätestens die umfangreiche Anhörung von Sachverständigen im Schleswig-Holsteinischen Landtag ein entscheidender Anlass gewesen, um den politischen Handlungsbedarf zu forcieren. Im Landesparlament hatten Fachleute aus Wissenschaft, Medizin, Medienaufsicht und Jugendhilfe über die Auswirkungen sozialer Medien auf Kinder und Jugendliche beraten.

„Während der Anhörung im Landtag wurde für uns eminent klar, dass wir nicht ausschließlich über das Nutzungsverhalten junger Menschen sprechen können. Wir müssen auch über Algorithmen, Plattformdesign und gezielt eingesetzte Mechanismen sprechen, die Nutzungsdauer und Bindung erhöhen. Genau dort liegt der ausschlaggebende Teil des Problems“, so Pender.

Die nun in den USA vereinbarten Maßnahmen zeigten, dass technische Veränderungen auf Seiten der Anbieter sehr wohl möglich seien. „Wer sich ernsthaft mit der Entwicklung von Verhaltensmodellen und suchtinduzierendem Design beschäftigt, konnte von Beginn an nie zu der Behauptung kommen, dass der heutige Zugang und Gebrauch von Social Media für Kinder und Jugendliche einfach unverändert bleiben kann.“

Pender kritisiert in diesem Zusammenhang auch den bisherigen Umgang der Opposition mit dem Thema: Insbesondere die FDP habe die Verantwortung nach Auffassung des CDU-Abgeordneten zu stark auf die Nutzerseite verlagert.

„Die Opposition im Land, maßgeblich die FDP, hat die Debatte zu häufig mit einem rhetorischen Blame-Shift zulasten der Jugendlichen geführt. Statt sich ausreichend mit den technischen Raffinessen, psychologischen Mechanismen und Fallstricken der Plattformen auseinanderzusetzen, wurde die komplexe Angelegenheit zu schnell unter dem Stichwort ‚Medienbildung‘ abgehandelt.“

Medienkompetenz bleibe ein wichtiger Baustein, könne regulatorische Vorgaben und die Verantwortung der Plattformbetreiber jedoch nicht ersetzen.

„Die Entscheidungen, die Meta nun in den USA akzeptiert, führen eines deutlich vor Augen: Die in die Pflicht zu nehmenden Akteure sind und bleiben die Anbieter der Social-Media-Plattformen. Sie entscheiden über Algorithmen, Funktionen, Benachrichtigungen, Zeitlimits und das Design ihrer Angebote. Genau deshalb müssen sie auch einen zentralen Teil der Verantwortung tragen. Dies war und bleibt die Grundauffassung der CDU-Fraktion“, erklärt Pender.

Bemerkenswert sei zudem, dass Meta die vereinbarten Maßnahmen selbst als neuen Branchenstandard bezeichnet und andere große Plattformbetreiber ausdrücklich auffordert, vergleichbare Schutzmechanismen einzuführen. Insbesondere YouTube und TikTok werden von Meta dazu aufgerufen, ähnliche Standards umzusetzen. Für Pender ist das ein wichtiges Signal: „Wenn selbst Meta als einer der Konzerne, die

Social Media in seiner heutigen Form entscheidend geprägt haben, andere Anbieter zu ähnlich gravierenden Verbesserungen beim Jugendschutz auffordert, dann kann niemand mehr behaupten, dass entsprechende Vorgaben technisch unrealistisch oder unverhältnismäßig wären.“

Die Entwicklung widerlege damit auch das Argument, tiefgreifende Eingriffe in Plattformmechanismen seien kaum umsetzbar. Vielmehr zeige sich, dass Funktionen wie Zeitbegrenzungen, nächtliche Sperren, eingeschränkte Benachrichtigungen oder das Ausblenden sozialer Vergleichsmetriken technisch realisierbar seien, wenn der entsprechende Handlungsdruck bestehe.

„Was in den USA möglich ist, muss auch in Europa eingefordert werden.“ Pender, der neben seiner Funktion als Sprecher für Social Media auch Mitglied im Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages ist, richtet deshalb einen klaren Appell an die europäische Ebene. Die historisch beispiellose Einsicht von Meta dürfe in ihrer Konsequenz nicht auf die Vereinigten Staaten beschränkt bleiben. Auch die Europäische Union müsse hier genauso vehement, selbstbewusst und energisch vorgehen. Was in den USA plötzlich als neuer Standard für den Jugendschutz auf Instagram und Facebook möglich sei, muss auch in Europa eingefordert werden. „Beim Schutz von Kindern und Jugendlichen darf Europa nicht hinter dem zurückbleiben, was amerikanische Bundesstaaten gegenüber einem der mächtigsten Digitalkonzerne der Welt durchsetzen konnten“, so Pender.

Entscheidend sei, dass Plattformen so gestaltet würden, dass wirtschaftliche Interessen nicht zulasten des Wohlergehens Minderjähriger gingen. „Kinder und Jugendliche dürfen nicht einem Plattformdesign ausgeliefert sein, dessen wirtschaftlicher Erfolg davon abhängt, Aufmerksamkeit möglichst lange zu binden. Jugendschutz muss deshalb bereits im Design der Plattformen beginnen“, so Pender.

„Die Entwicklung in den USA gibt unserer Position in Schleswig-Holstein zusätzlichen Rückenwind. Es ist deshalb richtig, dass die CDU-Fraktion dieses Thema bewusst aufgegriffen und klare Zielvorstellungen formuliert hat. Jetzt muss es darum gehen, aus dem Durchbruch in den USA konkrete Standards auch bei uns zu entwickeln“, so Pender abschließend.